

## Protokoll

### Beirat Kulturentwicklungsprozess der Stadt Braunschweig Online-Sitzung am 13.09.2021, 15.00 bis 17.00 Uhr

#### Teilnehmerinnen und Teilnehmer

**Christoph Diem**, Staatstheater Braunschweig, stellv. Schauspieldirektor, Programmatik Aquarium / **Dr. Elke Flake**, Kulturpolitische Sprecherin, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / **Frank Flake**, Geschäftsführer Ratsfraktion SPD / **Dr. Patrick S. Föhl**, Netzwerk Kulturberatung, externer Projektleiter / **Dr. Anja Hesse**, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, *Vorsitzende des Beirats* / **Rasmus Kamieth**, Jugendring Braunschweig e. V. / **Suse Klemm**, Netzwerk Kulturberatung, externe stellvertretende Projektleiterin / **Gerold Leppa**, Wirtschaftsdezernent der Stadt BS / **Dr. Stefan Malorny**, Leiter des Fachbereichs Kultur und Wissenschaft der Stadt Braunschweig / **Dr. Thomas Richter**, Leitender Museumsdirektor, Herzog Anton Ulrich-Museum / **Ingo Schramm**, Geschäftsführer Ratsfraktion FDP / **Maria Stenzel**, Stellv. Bereichsleitung Kommunikation, Projektleiterin Text- und Internetredaktion, Stadt BS: Braunschweig Stadtmarketing GmbH / **Till Terschüren**, Student, AStA HBK / **Henrike Wenzel**, Betreiberin Vernetzungsort DIE H\_LLE

**Elke Scheler**, Fachbereich Kultur und Wissenschaft Stadt BS, Koordinatorin KultEP  
(Protokollantin)

#### **Top 1: Begrüßung durch Frau Dr. Hesse, Vorsitzende des Beirats, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft der Stadt Braunschweig**

Frau Dr. Hesse eröffnet die vierte und letzte Beiratssitzung des Kulturentwicklungsprozesses und begrüßt die Teilnehmenden. Sie gibt einen Rückblick auf die konstituierende Sitzung am 10.09.2021 und würdigt, dass der Prozess nach analogem Auftakt trotz Pandemie dank des Einsatzes von Herrn Dr. Föhl, Frau Klemm und Frau Scheler digital fortgeführt werden konnte und zu einem sehenswerten Ergebnis gebracht worden sei.

Insgesamt seien 23 Workshops und Veranstaltungen durchgeführt worden. An der Abschlusskonferenz am 15.06.2021 hätten rund 60 Personen teilgenommen, darunter auch Beiratsmitglieder. Von Herrn Dr. Föhl und Frau Klemm seien die aus dem Prozess gewonnenen Ergebnisse in den Handlungsfeldern Kulturverwaltung der Zukunft, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Teilhabe, Sichtbarkeit noch einmal vorgestellt worden. Es habe in den einzelnen Bereichen auch Beiträge von Kulturschaffenden und Verwaltungsmitarbeiter\*innen gegeben. So habe etwa Herr Hots, der Klimamanager der Stadt Braunschweig, im Themenfeld Nachhaltigkeit für Umweltthemen sensibilisiert.

Das Thema Sichtbarkeit habe sie in doppelter Hinsicht beeindruckt: Sie habe über den KultEP Initiativen kennengelernt, die ihr bis dato verborgen geblieben wären. Das sei für sie ein wichtiger Prozess gewesen, in Kultur einzutauchen, die nicht zum täglich Sichtbaren gehören würde. Umgekehrt sei ihr deutlich geworden, dass die Verwaltung transparenter werden müsse, klarer vermitteln müsse, was Verwaltungsarbeit bedeute, d. h. wo man steuern könne, oder wo hingegen gesetzliche Vorgaben dies unmöglich machen würden. Die Verwaltung müsse Abläufe und Entscheidungen besser kommunizieren, nachvollziehbarer machen. Zum Thema Transparenz und Austausch sei bereits das Format Chatten und Vernetzen entwickelt worden, um mehr Nähe herstellen und gegenseitiges Misstrauen abbauen zu können. Dies solle fortgeführt werden.

Bezüglich der von Herrn Dr. Föhl und Frau Klemm verfassten Leitlinien weist sie vor dem Hintergrund der am 12.09.2021 durchgeführten Kommunalwahl darauf hin, dass die Leitlinien einem neuen Rat vorgelegt werden würden. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der neue Rat der Kultur gegenüber aufgeschlossen sein und den aus dem Bericht abgeleiteten Empfehlungen zu den kulturpolitischen Leitlinien und Maßnahmen seine Zustimmung geben werde.

## **Top 2: Verabschiedung des Protokolls der Online-Sitzung vom 03.05.2021**

Die Vorsitzende des Beirats teilt mit, dass hierzu keine Änderungswünsche übermittelt wurden. Da auch im Rahmen der Sitzung keine geäußert werden, wird das Protokoll verabschiedet.

Anschließend übergibt die Vorsitzende das Wort an Herrn Dr. Föhl und Frau Klemm.

## **Top 3: Kurzes Blitzlicht: Anmerkungen, Beobachtungen, Einschätzungen zum aktuellen Kulturgeschehen**

Nach Begrüßung dankt Herr Dr. Föhl den Beiratsmitgliedern, dass sie den Prozess über 12 Monate aktiv begleitet haben. Es sei Neuland gewesen, einen solchen Prozess digital durchzuführen, mit Ausnahme der Auftaktveranstaltung, die aber auch keine wirkliche Partizipation ermöglicht habe, da sie in einer großen Halle stattfinden müssen. Frau Klemm und er hätten aber festgestellt, dass man in diesen digitalen Formaten beinahe konzentrierter arbeiten könne als in den klassischen analogen Formaten. Es sei gelungen, trotz der Widrigkeiten innerhalb von 12 Monaten zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Leitlinien würden nun vorliegen, sie seien die Grundhaltungen, die „Vorprosa“ zu den Maßnahmen und Zielen, die man konkret angehen würde. Die Maßnahmen seien im Großen und Ganzen bereits aus den Protokollen zu den Workshops bekannt und auch im Beirat abgestimmt worden. Sie seien nun noch präzisiert und zusammengeführt und konzeptionell unterlegt worden. Man würde sich deshalb in der heutigen Sitzung auf die Leitlinien konzentrieren und die Maßnahmen im Nachgang zur Sitzung noch einmal versenden, um den Beiratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, diese gegebenenfalls noch einmal zu kommentieren.

Im Abschlussbericht würden nicht nur die Leitlinien und Maßnahmen, sondern auch abschließende Analysen enthalten sein. Es werde ein Kapitel zur Kultur in Braunschweig geben. Leitlinien und Maßnahmen seien jedoch das Kernstück.

Anschließend bittet Herr Dr. Föhl darum, aktuelle wichtige Beobachtungen zur kulturellen Entwicklung zu schildern, gegebenenfalls auch Einschätzungen zur Kommunalwahl in Bezug auf die kulturpolitischen Entwicklungen in Braunschweig.

Herr Flake fragt vor dem Hintergrund der Neuwahlen nach der Vorbereitung der politischen Beschlussfassung der Leitlinien. Er weist darauf hin, dass es aufgrund der Neuwahlen personelle Wechsel gäbe und die neuen Ratsmitglieder abgeholt werden müssten und äußert die Bitte, eine Veranstaltung oder Runde zu machen, um die neuen Ratsmitglieder in den laufenden Prozess einzubeziehen.

Frau Dr. Hesse führt aus, dass der bisherige AfKW in seiner letzten Sitzung am 15.10.21 einen Zwischensachstandsbericht erhalten wird. Aufbauend hierauf wird der neu konstituierte AfKW im Dezember 2021 eine grundsätzliche Darstellung der bisherigen Tätigkeiten und der Planung zur Beschlussfassung erhalten. Sie bedauere sehr, dass man den alten Rat nicht mehr die Entscheidung treffen lassen könne. Sie sähe aber auch, dass es eine Kontinuität geben würde. Für die Beschlussfassung avisiert sie die zweite Sitzung oder dritte Sitzung des neuen Rates.

Herr Flake fragt nach, wie mit der Überarbeitung der Förderrichtlinien verfahren werden würde. Würde es hierzu eine Vorlage der Verwaltung geben, würden die Formulierungen und Richtlinien vorher politisch beraten werden, oder würde dies wie im Rahmen des Prozesses mit Kulturschaffenden geschehen?

Frau Dr. Hesse: Ohne einen Beteiligungsprozess sei die Änderung der Förderrichtlinien nicht zu denken. Es gäbe ja auch bestimmte Parameter, die schon deutlich herausstechen würden, ein Stichwort sei der Anteil der Eigenmittel, der immer wieder hinterfragt werden würde, der einer Revision bedürfe. Dies müsse in Ruhe erarbeitet werden, und die Verwaltung würde hier auch in andere Städte schauen.

Das Thema müsse mit der Politik besprochen werden. Die Zeit sei nicht nur über die vorliegenden Förderrichtlinien hinweggegangen, es gebe zudem auch neue Genres. Die Antragstellerquantität werde größer, und man müsse angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen über die Budgetierung sprechen, über Priorisierungen, über Erhöhungen.

Herr Dr. Föhl weist darauf hin, dass es zu diesem Thema im Maßnahmenkatalog schon viele Hinweise gebe und festdefinierte Punkte aus dem Prozess, an denen man weiterarbeiten sollte. Dort werde ein minimaler und ein maximaler Prozess vorgeschlagen. Minimalprozess wäre, dass die Verwaltung auf Grundlage der im Prozess gewonnenen Erkenntnisse einen Vorschlag erarbeitet. Maximalvariante wäre, einen partizipativeren Prozess aufzulegen. Das müsse letztendlich die Politik entscheiden.

Frau Dr. Flake: Weist auf die allgemeinen Förderrichtlinien hin, die die Finanzverwaltung noch immer in der Schublade habe. Sie fragt nach, ob wieder in einer kleinen Arbeitsgruppe gearbeitet werden solle, wie es schon einmal der Fall gewesen sei. Eine große Arbeitsgruppe, einen großen Beteiligungsprozess würde sie für wenig effektiv halten.

Herr Dr. Föhl: Ein großer Beteiligungsprozess sei nach seiner Einschätzung bei einem so komplexen Thema nicht sinnvoll. Man könne aber den Prozess auch sehr eng führen und immer wieder weiten, wo notwendig. Das heißt, es sollte bestenfalls eine überschaubare AG sein, die auch ins Detail gehen könne. An gewissen Punkten könne man dann punktuell beteiligen. Er verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Maßnahmenkatalog.

Frau Dr. Hesse erläutert anknüpfend an die Anmerkung von Frau Dr. Flake zur den Förderrichtlinien der Finanzverwaltung deren Funktion. Diese sei für Finanzen zuständig und habe vor einiger Zeit allgemeingültige Förderrichtlinien für die Gesamtstadt Braunschweig erlassen. In diese müsse man sich integrieren. Das hieße aber nicht, dass man die Kulturförderrichtlinien nicht mit den Kulturschaffenden abstimmen könne. Sie schlägt vor, zunächst den Maßnahmenkatalog abzuwarten, und sich danach darüber Gedanken zu machen, wen man dazu holen würde und wie das moderiert werden würde. Auch hier würde man in andere beispielhafte Städte schauen, z. B. Oldenburg. Hier habe sie Gutes gehört, dies gälte es jedoch noch zu verifizieren. Wichtig sei, dass die Förderrichtlinien im Sinne der Kulturschaffenden überarbeitet werden würden. Sicher könne man hoheitliche Vorgaben wie etwa Verwendungsnachweise nicht einfach aushebeln. Aber vielleicht ließen sie sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben vereinfachen.

Herr Dr. Föhl verweist auf die neu aufgelegten Kulturförderrichtlinien der Stadt Heilbronn.

Herr Flake erläutert, dass die Finanzverwaltung im Jahr 2019 eine Vorlage eingebracht habe. Diese sei aber im Finanz- und Personalausschuss angehalten worden. Gleichwohl gäbe es Bestandteile dieser Richtlinien, die angewendet werden müssten, aufgrund von bestimmten Rahmenbedingungen. Kritik sei gewesen, dass es keine Beteiligung Externer

gegeben habe, z. B. auch nicht aus dem Bereich der Wohlfahrtsverbände. Die Politik habe nicht zugestimmt. Die Verwaltung habe die Vorlage daraufhin zunächst nicht weiterverfolgt. Die Wahl habe ergeben, dass es keine grundlegenden Veränderungen in den Mehrheitsverhältnissen gegeben habe. Er glaube, dass man es im Kulturbereich hinbekommen werde, ein abgeschlossenes Fördersystem zu diskutieren, ohne dass das, was in den Förderrichtlinien die Finanzverwaltung stünde, mitübernommen werden müsse. Der normale Prozess wäre tatsächlich, erst einmal die grundsätzlichen Förderrichtlinien für die Stadt Braunschweig zu beschließen, danach die speziellen für Kultur oder Soziales. Aber dennoch wäre seine Empfehlung, dies nun direkt anzugehen.

Frau Dr. Hesse begrüßt diese Empfehlung.

#### **Top 4: Rückblick Thinktank**

Herr Dr. Föhl gibt einen kurzen Rückblick auf den Thinktank, der am 08.09.2021 stattgefunden hat.

Der Thinktank sei von Frau Dr. Flake aufgeworfen und von der Verwaltung aufgegriffen worden als Instrument, wichtige Themen weiter diskutieren und konkretisieren zu können, ohne dabei dem politischen Beschluss vorzugreifen. Themen seien Kulturverwaltung der Zukunft, Kulturbeirat, „Kulturkummerei“ und Förderrichtlinien.

Das Format des Thinktank bekäme nun noch größere Bedeutsamkeit, da es sich gegenwärtig abzeichne, dass es noch länger dauern würde, bis die Beschlussfassung erfolgt sein würde. Auf diese Weise könne man im Gespräch bleiben und gemeinsam weiterdenken, ohne dass eine lange Stille eintreten würde.

Es hätten sich auch AGs gebildet in den Bereichen Nachhaltigkeit, Sichtbarkeit und Teilhabe, die sich bereits vor den Sommerferien einmal getroffen hätten.

In der ersten Thinktanksitzung habe man sich intensiv mit den Begriffen „Kulturkummerei“ bzw. „Kulturraumzentrale“ befasst. Es habe sich gezeigt, dass es hier zu den Zielgruppen unterschiedliche Vorstellungen gebe. Die Kulturraumzentrale sei bereits Thema im ISEK gewesen und würde zum Teil das gleiche meinen wie die „Kulturkummerei“. Hier gebe es nach seiner Wahrnehmung als Externer Potential, Dinge zusammenzudenken. Dies sei jedoch noch nicht entschieden.

Zum Thinktank werde es ein Protokoll geben, dass auf Wunsch auch eingesehen werden könne.

#### **Top 5: Vorstellung Entwürfe „Leitlinien“ Diskussion**

Herr Dr. Föhl führt einleitend aus, dass es den für Braunschweig entwickelten Leitlinien zwar Parallelen zu den Leitlinien anderer Großstädte gebe, da diese auch auf die aktuelle Situation reagieren würden. Aber es gäbe einige Punkte, die sich in dieser Form in Leitlinien anderer Städte nicht finden würden. Alles, was in den Workshops diskutiert worden ist, sei rückwirkend noch einmal rekonstruiert worden. Dafür sei mit den Leitlinien ein inhaltliches Dach gebaut worden – unter der gleichen Prämisse, wie auch die Maßnahmen angegangen worden seien, nämlich so zeitgemäß wie möglich zu sein.

Häufig seien Leitlinien nur Makulatur, weil sich nicht die Zeit genommen worden sei, sie mit Blick auf die entwickelten Maßnahmen differenziert auszuarbeiten. Dies sei bedauerlich, weil die Leitlinien das Produkt seien, mit denen man am meisten kommunizieren könne, wo man hinwolle. Die Leitlinien würden als Kommunikations- und Verständigungsinstrument dienen.

Deshalb seien gut formulierte Leitlinien gerade auch im politischen Raum sehr wichtig. Leitlinien, die einerseits universell seien, andererseits aber auch passfähig auf die

entwickelten Maßnahmen zugeschnitten, gäben der Kultur im politischen Raum mehr Gesicht. Weil damit auch andere Politikfelder verstehen würden, wo man hinwolle, wo es Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkte gäbe. In Düsseldorf hätten die Leitlinien dazu geführt, dass auch andere Politikfelder wieder Interesse an der Kultur gewonnen hätten. Dadurch seien Kooperationen entstanden.

Nach dieser Einführung stellt Herr Dr. Föhl anhand der Einblendung des im Vorfeld versandten Dokuments die einzelnen Maßnahmen vor.

Er führt aus, dass einleitend explizit auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) hingewiesen worden sei, da der KultEP auf Grundlage des ISEK zustande gekommen sei. Eine der Herausforderungen sei es, Kulturpolitik sichtbarer zu machen. Das heißt: Kulturpolitik müsse auch Teil von Stadtpolitik sein. Frau Dr. Flake habe das Thema Systemrelevanz bereits angesprochen. Die Frage sei, was man tun könne, um das Potential kultureller Entwicklung möglichst selbstbewusst und konkret mit anderen Politikfeldern verbinden zu können.

Der Aspekt der kooperativen Demokratie wurde eingeführt, weil es in Deutschland aktuell ein Demokratiedefizit gebe, gleichzeitig aber Interesse an Partizipation. Das müsse konstruktiv gestaltet werden. Die sei im Rahmen des KultEP mit den Akteuren schon geschehen. Die Frage sei nun, wie die Künstlerinnen und Künstler stärker dazu beitragen könnten, dies auch zu leben.

Um sich im politischen Raum entsprechend positionieren zu können, seien auch Fachbegriffe eingeführt worden. Diese seien aber in den Fußnoten jeweils definiert worden, da man die unterschiedlichen Zielgruppen berücksichtigen müsse.

Wichtig sei, dass sich Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe verstehe, nicht als Randbestandteil. Ihre Grundhaltung sollte transformationsorientiert sein. Frau Klemm habe das immer wieder ausgeführt. Auch das „Entschaffen“ werde zukünftig eine Rolle spielen, wenn es um Nachhaltigkeit ginge. Das hieße aber nicht, dass es darum gehen müsse, Kultureinrichtungen zu „entschaffen“.

Das Thema Teilhabe und Teilnahme habe sich durch Corona verschärft, es ginge nun nicht mehr nur um Neugewinnung, sondern auch um Rückgewinnung. Das Thema Sichtbarkeit gehöre zur Teilnahme dazu. Ein weiterer wichtiger Baustein sei das Thema Nachhaltigkeit.

Frau Klemm und er würden empfehlen, die Leitlinien zusätzlich in leichte Sprache übersetzen zu lassen, damit sie für den Großteil der Stadtgesellschaft verständlich werden würden.

Nach dieser Einführung werden die Leitlinien im Einzelnen mit den Anwesenden besprochen.

#### **Top 6: Kommentare zu den kulturpolitischen Leitlinien**

Herr Dr. Föhl führt aus, dass die Kommentare in der weiteren Ausarbeitung berücksichtigt werden würden.

Frau Dr. Flake: Ihr erster Eindruck sei gewesen: Wer könne das verstehen? Leichte Sprache solle man auch für den Kulturausschuss anwenden. Im AfKW säßen Laien, die aus unterschiedlichen Bereichen kämen. Dies sei eine akademische Sprache. Sie würde inhaltlich zum Großteil zustimmen, appelliere aber, zu übersetzen.

Herr Dr. Föhl: Zu diesem Thema habe es auch zwischen Frau Klemm und ihm viele Diskussionen gegeben. Man dürfe aber nicht vergessen, dass es jetzt die Möglichkeit gebe, Braunschweig auch überregional zu positionieren, weil nun eine sehr zeitgemäße Kulturplanung vorläge. Die überregional geführten Diskussionen seien jedoch sehr verwissenschaftlicht. Sie hätten die Erfahrung gemacht, dass Kulturpolitiker\*innen die Ziele nicht ernst nehmen würden, wenn sie in leichter Sprache verfasst werden würden. Ihr Vorschlag sei es, mit unterschiedlichen Textformen verschiedene Ebenen zu adressieren.

Herr Flake: Es gebe tatsächlich die Situation, dass sich diese Leitlinien an verschiedene Adressaten richten würden. Sein Vorschlag wäre, an den Anfang eine Gliederung zu stellen, um einen Überblick zugeben. Wenn man sich überregional einbringen wolle, sei ein Konzept wichtig. Auch verwaltungsintern sei es extrem wichtig, die Leitlinien in einem Grundsatzbeschluss zu beschließen. Natürlich gäbe es auch andere Adressaten, für die man die Inhalte anders gefasst adäquat überbringen müsse, in leichter Sprache. Hinter den einzelnen Begriffen stünde aber auch eine bestimmte Fachlichkeit, das sähe man an den Fußnoten.

Frau Dr. Hesse knüpft an die Thematik der unterschiedlichen Adressaten an: Es gebe Innen und Außen / Politik und Verwaltung / Kulturschaffende und Konsumenten. Die Leitlinien hätten Bedeutung für alle stadtgemeinschaftlichen Elemente. Deshalb plädiere sie dafür, die unterschiedlichen Adressaten in die Präambel aufzunehmen. Die Präambel müsse die Heterogenität der Adressaten enthalten. Die Fußnoten fände sie sehr gut, auch eine Übersetzung in leichte Sprache müsse sein.

Ihr Bitte sei zudem, noch einen weiteren Aspekt aufzunehmen: Kulturpolitik sei als Säule, als Bestandteil der Stadtentwicklung dargestellt. Dies sei eine Form von Selbstverpflichtung. Sie würde sich hier jedoch noch einen appellativeren Charakter wünschen, damit auch andere Teile der Verwaltung, die sich um die Zukunft dieser Stadt bemühen würden, die Kultur als einen Bestandteil des Zusammenlebens wahrnehmen und dies in ihre Denkmuster integrieren würden.

Frau Dr. Flake weist darauf hin, dass die Leitlinien für Entscheidungsträger im Rat und in der Verwaltung gemacht worden seien. Sie sollten auch für Ratsmitglieder verständlich sein, und auch Leute aus anderen Fachverwaltungen. Sie sollten nicht für die kleine „Blase“ der Fachöffentlichkeit gemacht sein.

Frau Klemm: Es sei ein Streitpunkt zwischen ihr und Herrn Föhl gewesen, ob es zu simpel, oder zu komplex sei. Sie würden das noch einmal mit Frau Scheler besprechen.

Herr Schramm stimmt Frau Dr. Flake zu. Ausführliche Ratsvorlagen würden oft gar nicht gelesen werden, es würde sich auf das Fachurteil der Fachausschussmitglieder verlassen werden. Wenn man etwas in die Breite der Politik tragen wolle, müsse es so aufbereitet sein, dass man es lesen wolle. Sein Appell wäre: Einfacher und dazu ein Fachpapier.

Herr Föhl: Das eine seien die Begrifflichkeiten, das andere die Sachverhalte. Er könne feststellen, dass man sich über die Inhalte großteils einig sei. Man befände sich in einer sehr komplexen Zeit. Dies könne man nicht vereinfachen. Die Sachverhalte seien komplex, die Politik müsse sich in die Lage versetzen, dies zu verstehen. Auch seien die Maßnahmen, die darunterlägen, sehr konkret.

Es habe seit den 70er Jahren keine großen Narrative in der Kulturpolitik mehr gegeben. Hier in Braunschweig würde gerade versucht werden, gemeinsam eine neue Erzählung zu kreieren.

Herr Schramm: Die Entscheider müssten mitgenommen werden. Die Nichtkulturpolitiker müssten mitgenommen werden. Damit sie mehr Geld für die Kultur geben würden. Das Papier müsse den neuen Rat motivieren. Politiker sollten auf einer Seite zusammengefasst verstehen können, worüber sie abstimmen würden.

Herr Dr. Föhl merkt an, dass am Ende die Beschlussvorlagen stünden, in denen die Ziele in konkrete Maßnahmen übersetzt werden würden. Die Übersetzungsleistung würde durch die Maßnahmen stattfinden. Die Maßnahmen seien das, was die Politik mitnehme. Die „Kulturkümmerei“ etwa sei ein Baustein transformatorischer Kulturpolitik. Die Leitlinien sollten jedoch auch eine eigene Qualität haben. Sie hätten den Anspruch, ein großes Bild zu zeichnen. Es ginge darum, eine Haltung deutlich zu machen. Letzten Endes ginge es um verschiedene Produkte für unterschiedliche Zielgruppen. Für die Politik zu übersetzen, sei Aufgabe der Verwaltung.

Frau Dr. Hesse bedankt sich für die Beiträge, die vieles noch einmal klären würden. Ihr ginge es nicht darum, dass die Kultur mehr Geld bekomme. Ihre Hoffnung sei vielmehr, dass Kultur als Bestandteil kommunalpolitischen Handelns begriffen werde. Das Denken müsse sich ändern. Dass die gesamte Kommunalverwaltung Kultur mitdenke, das sei ihr das Wichtigste überhaupt. Sie rege an, dies in die Präambel aufzunehmen. Sie würde sich wünschen, mit den Leitlinien den alten Rat genauso mitnehmen zu können wie den neuen. Erreicht werden müsse, auf die Kultur aufmerksam zu machen. Es müssten Vernetzungen angeregt werden, etwa auch zwischen den unterschiedlichen Fachausschüssen.

Herr Dr. Föhl unterstreicht, dass die Kultur in den Bereichen, die die Gesellschaft derzeit am meisten bewegen würden, viel leisten könne und nennt als Beispiele die Folgen von Corona, das Thema Nachhaltigkeit und das Leben in einer diversen Gesellschaft.

Die Leitlinien würden ein Angebot an die anderen Politikfelder formulieren, dass man sich mehr mit Kultur beschäftigen sollte, wenn man gewisse Ziele erreichen möchte. Wenn man diese Leitlinien mit Leitlinien anderer Politikfelder vergleichen würde, könne man viele Überschneidungen feststellen. Hier gebe es viele gegenseitige Angebote. Deswegen sei es auch wichtig, dass man die Schlagwörter in die Leitlinien aufnehme. Diese gebe es auch in der Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik. Ebenso in der Sozialpolitik. Man werde sich nun im nächsten Schritt noch ausführlicher mit den Konzepten der anderen beschäftigen müssen, um Brücken zu bauen.

Frau Klemm fragt, ob es auch inhaltlich Übereinstimmung gäbe, ob es Punkte gäbe, die fehlen würden, die übersehen worden wären?

Frau Dr. Flake: Sie habe noch viele Fragezeichen. Zum Beispiel bezüglich des Punktes „Trägerschaften und Förderrichtlinien“. Würden diese nur auf die Themen Nachhaltigkeit, Teilhabe, Digitalisierung fokussiert werden, auf die aktuell wichtigen Modebegriffe? Seien sie inhaltlich gemeint, oder im Sinne einer Ermöglichungskultur?

Herr Dr. Föhl sagt zu, den entsprechenden Passus noch einmal zu überprüfen.

Frau Dr. Flake: Zum Punkt Teilnahme und Teilhabe: Wäre das so gemeint, dass jede Einrichtung schauen müsse, dass sie alle beteiligt?

Herr Dr. Föhl: Gemeint sei die Kultur in der gesamten Stadt, die als Kulturlandschaft zu betrachten sei. Nicht jede Einrichtung müsse für alle offen sein, man müsse sich vielmehr abstimmen.

Er weist darauf hin, dass auch die Möglichkeit bestünde, im Nachgang noch Rückmeldungen zu geben und weitere Anmerkungen zu machen.

Frau Dr. Flake: Unter Sichtbarkeit und Identität verstehe sie nicht, weshalb hier Maßnahmen im Bereich kulturelle Infrastruktur zu berücksichtigen seien. Es sei hier von Erzählungen die Rede. Wie könne Infrastruktur eine Erzählung machen?

Herr Dr. Föhl: Gemeint sei, dass Herausforderungen der Infrastruktur und die Erzählungen zusammengedacht werden müssten. Dies werde noch konkretisiert.

Die Frage von Herrn Flake, ob die Fußnoten Bestandteil des Textes bleiben würden, wird von Herrn Dr. Föhl bejaht.

Herr Dr. Föhl: Einer der wichtigsten Punkte sei der Diskurs miteinander, wie das Frau Dr. Hesse gesagt habe. Damit man Verständnis füreinander aufbaue. Wichtig sei der Mut anzuerkennen, dass die Dinge komplex seien.

Herr Schramm: Es könne bei den Leitlinien mitgehen, aber es fehle ihm die Aussage, dass es viel Geld und Zeit koste. Das müsse entsprechend vermittelt werden. Ihm fehle das Preisschild. Man müsse zudem deutlicher machen, dass es ein schwieriger, vermutlich nie endender Prozess sein werde, dass man nicht unmittelbar etwas bekommen könne. Die Leitlinien seien die Landkarte, an der man entlanglaufen würde.

Frau Klemm fragt, ob „Wir investieren Energie und Geld in die Kultur“ auch eine Leitlinie werden solle?

Frau Dr. Hesse merkt an, dass das Thema Geld gegebenenfalls im Kontext mit einzelnen Maßnahmen zu betrachten sei. In den Workshops sei es nie thematisiert worden. Deshalb müsse man auch kein Preisschild kleben. Dies wolle sie lobend erwähnen.

In der Diskussion sei ihr aufgefallen, dass die Beibehaltung des begonnenen Diskurses als zentraler Punkt in die kulturpolitischen Leitlinien aufgenommen werden müsse. So gebe es etwa derzeit keine Möglichkeit, kurz vor Verabschiedung des Haushalts mit den Fraktionen zu diskutieren. Dies müsse man aufheben.

Herr Föhl: Es habe bisher noch keinen Prozess gegeben, in dem so wenig gefordert worden sei wie in Braunschweig, das müsse man positiv sehen. Das hieße, dass alle in der Gegenwart angekommen seien, dass das Niveau der Diskussion höher sei, als reine Forderungskataloge aufzustellen.

Hierzu sei Braunschweig zu beglückwünsche, hier habe man über Inhalte und Konzepte diskutiert. In anderen Städten sei häufig nur über mehr Geld diskutiert worden. In Braunschweig habe es nie den Punkt gegeben, dass über Mangel diskutiert worden sei. Man habe stattdessen darüber diskutiert, wie man aus dem, was da ist, zukunftsfeste Strukturen machen könne.

Herr Schramm habe Recht, dass sich Investitionsnotwendigkeiten ergeben könnten, etwa wenn es bei der Umsetzung von Maßnahmen zu Kooperationen komme.

In den Leitlinien hingegen stünden ganz viele Selbstverpflichtungen drin.

Früher habe man sich nicht getraut, über Relevanz zu diskutieren.

Aber: Wenn Kunst öffentlich gefördert wird, dürfe man sich die Frage stellen, an welchen Punkten sie einen Beitrag für die Gesellschaft leisten könne. In den vorgeschlagenen Leitlinien würde sich die Kultur verpflichten, mitmachen zu wollen und auch in Nachhaltigkeit zu investieren. Er danke für die offene Diskussion, die vor 10 Jahren nicht möglich gewesen wäre, das spräche auch für die anwesende Politik.

Er stimme Frau Dr. Hesse zu, dass die Notwendigkeit des Diskurses in den Leitlinien noch deutlicher gemacht werden müsse.

## **Top 7: Nächste Schritte**

Herr Dr. Föhl stellt die nächsten Schritte vor. Der Abschlussbericht werde ausgearbeitet, die Gremienschiene geplant. Die Beiratsmitglieder würden die Leitlinien noch einmal in der Änderungsfassung erhalten und eingeladen werden, hierzu noch einmal Stellung zu beziehen. Zudem würden sie den Maßnahmenkatalog erhalten.

Herr Flake bittet darum, im Verteiler in der Übergangsphase vom alten zum neuen Rat auch die Fraktionsgeschäftsstellen zu berücksichtigen, um die Fraktionen einzubinden.

Frau Scheler sagt dies zu.

Frau Dr. Hesse ergänzt, dass bezüglich der Rückmeldung eine Frist gesetzt werden würde.

#### **Dank und Verabschiedung durch die Beiratsvorsitzende**

Frau Dr. Hesse dankt den Beiratsmitglieder für ihre konstruktive Mitarbeit und avisiert ein analoges Abschlussfest. Sie dankt Herrn Dr. Föhl, Frau Klemm, der Koordinatorin sowie der Technik für die Durchführung des Prozesses.

#### **Nachtrag Herr Dr. Richter, Leitender Museumsdirektor Herzog Anton Ulrich-Museum**

Herr Dr. Richter musste die Beiratssitzung früher als geplant verlassen und hat im Nachgang der Sitzung sein Feedback zu den Leitlinien per E-Mail übermittelt:

*Sehr geehrte Frau Scheler,*

*(...) Sie hatten mich gebeten, wenn vorhanden, noch Anmerkungen zum vorgelegten Papier nachzureichen. Ich habe keine!*

*Ich finde den Richtlinienkatalog gelungen. In meiner zurückliegenden beruflichen Tätigkeit an einer kommunalen Institution in Bayern basierte meine Arbeit ebenfalls auf einem „Entwicklungsplan“, der für mich stets Eintrittskarte zu zielführenden Gesprächen im polit. Raum war. Ein solches Papier ist allein schon dadurch wertvoll, dass es ‚da‘ ist. In Ihrem Fall ist es sehr substantiell und wird seine Wirkung in einer diversifizierten polit. Landschaft nicht verfehlen.*

*Ich gratuliere und wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit!*

*Mit besten Grüßen,  
Thomas Richter*

i. A.

gez. Elke Scheler

**Verteiler:** Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie alle Beiratsmitglieder